



Antrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Verkehrsbehinderungen und Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Hochzeitskorsos in Bayern seit 2019

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss darüber zu berichten:

1. Wie viele Hochzeitskorsos, die Verkehrsbehinderungen wie Autobahnblockaden oder Schrittgeschwindigkeit auf Schnellstraßen verursacht haben, wurden seit 2019 von den Polizeipräsidien in Bayern registriert?
2. Welche Staatsangehörigkeiten und welchen kulturellen Hintergrund hatten die beteiligten Personen?
3. Welche Kosten entstanden dem Freistaat durch Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Hochzeitskorsos seit 2019, und in wie vielen Fällen mussten die Verursacher für diese Kosten aufkommen?
4. Welche Verstöße gegen das Waffengesetz, insbesondere durch Schreckschusswaffen, wurden bei Hochzeitskorsos festgestellt, und wie viele Waffen wurden beschlagnahmt?
5. Wie viele Fahrzeuge und Personen wurden seit 2019 im Zusammenhang mit solchen Korsos überprüft, und welche Widerstandshandlungen wurden polizeilich registriert und wie behandelt?

Begründung:

In den vergangenen Jahren häuften sich im ganzen Freistaat Berichte über Hochzeitskorsos, die durch rücksichtsloses Verhalten den Verkehr erheblich beeinträchtigen. Autobahnblockaden, das Fahren von Schrittgeschwindigkeit auf Schnellstraßen und auch der Einsatz von Waffen sind immer wieder vorgekommen.

Von einem aktuellen Vorfall auf der A95 zwischen München und Starnberg am 23. Juli 2025 berichtete der Münchner Merkur: Eine Hochzeitsgesellschaft blockierte beide Fahrspuren, bremste den Verkehr auf 50 bis 60 km/h ab und verursachte einen Stau von zwei bis drei Kilometern. Ein Teilnehmer hielt eine marokkanische Fahne aus dem Fahrzeug, während von einem weiteren Auto aus die Aktion gefilmt wurde. Die Polizei leitete ein Strafverfahren wegen Nötigung ein und stellte den Führerschein eines 24-jährigen spanischen Staatsbürgers sicher.

Laut der Süddeutschen Zeitung lösten am 19. Oktober 2024 zwei Hochzeitsgäste in Ingolstadt einen Polizeieinsatz aus, nachdem Zeugen Schüsse aus einem fahrenden Auto meldeten. Die Polizei stoppte den Korso mit fünf Streifenwagen, da die Waffen zunächst für echt gehalten wurden. Nach Feststellung der Personalien wurden die Personen entlassen, es wurde jedoch wegen einer Ordnungswidrigkeit ermittelt.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich laut n-tv am 7. Juni 2022 in Bayreuth, wo ein Teilnehmer eines Hochzeitskorsos mit einer Schreckschusswaffe schoss, was zahlreiche

Notrufe auslöste. Die Polizei zog drei Fahrzeuge aus dem Verkehr und stellte die Waffe sicher, da der Schütze keinen Waffenschein besaß.

Am 21. April 2025 blockierte ein Hochzeitskonvoi laut Focus Online im Nürnberger Land die Autobahnen A6, A73 und die Bundesstraße B2, indem er in Schrittgeschwindigkeit fuhr und alle Fahrspuren blockierte. Die Polizei konnte den Korso erst nach Einsatz von Blaulicht und Martinshorn auflösen, wobei die Beteiligten die Vorwürfe leugneten.

Solche Vorfälle zeigen, dass Hochzeitskorsos nicht nur Verkehrsbehinderungen verursachen, sondern auch ein erhebliches Gefahrenpotenzial bergen, insbesondere durch den Einsatz von Waffen. Es handelt sich offensichtlich um ein flächendeckendes, kulturelles Problem aus dem türkischen und arabischen Kulturraum.

Der Abgeordnete Jörg Baumann (AfD-Fraktion) stellte am 22. April 2025 eine Schriftliche Anfrage mit dem Thema „Hochzeitskorsos aus dem arabischen und türkischen Kulturraum mit Straftaten und Verkehrsbehinderungen in Bayern seit 2019“ (Drs. 19/6894). Die Staatsregierung konnte diese Anfrage laut eigenen Angaben „Mangels expliziter, valider Rechercheparameter, die eine automatisierte Auswertung i. S. der Fragestellungen zulassen würden“, nicht erheben.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat mit der Stellungnahme zu dem Antrag „Behinderungen und Gefährdungen durch Hochzeitskorsos“ (Landtag Baden-Württemberg Drs. 17/9012) gezeigt, wie wichtig präzise Statistiken über Hochzeitskorsos sind. Der Freistaat sollte diesem Vorbild folgen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, umfassende Daten zu liefern.

Die Beantwortung dieser Fragen ist essenziell, um die Auswirkungen von Hochzeitskorsos auf die Verkehrssicherheit und die öffentliche Ordnung zu bewerten. Nur mit klaren Zahlen können gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um solche Vorfälle künftig zu verhindern. Die Bürger Bayerns erwarten, dass die Staatsregierung die Sicherheit auf den Straßen gewährleistet und rücksichtsloses Verhalten konsequent ahndet. Eine transparente Berichterstattung stärkt das Vertrauen in die staatlichen Institutionen, in unsere Demokratie und ermöglicht eine sachliche Debatte über notwendige gesetzliche Anpassungen.